

Spanien

Esther Barbé

Es war ein langes Jahr zwischen der Amtsübernahme von Rodriguez Zapatero als spanischer Ministerpräsident im April 2004 und als Vorsitzender des Europäischen Rats im Juni 2005. Diese Zeit wurde von zwei Ereignissen besonders geprägt: Zum einen fand in Spanien der politische Wechsel statt, zum anderen geriet Europa durch das „Nein“ der Franzosen und der Niederländer in den Referenden zur Europäischen Verfassung in die Krise. Im Gegensatz zur europäischen Krise kann die Stimmung in Spanien als optimistisch bezeichnet werden. Immerhin waren 40 % der Spanier der Meinung, die Situation in Europa sei gut.¹ Der spanische Optimismus begründet sich vor allem in Zahlen. Das Wirtschaftswachstum wurde mit einem Anstieg von über 3 % für das Jahr 2005 prognostiziert. Zudem treten soziale Änderungen auf den Plan, wie die Legalisierung der Homoehe, Gesetze über die Gewaltanwendung in der Ehe, die Legalisierung der Situation der Immigranten, deren Anteil prozentuell höher ist als der der Immigranten in Frankreich. Hinzu kam die angekündigte Wende in der spanischen Außenpolitik, mit Vorschlägen wie die „Allianz der Zivilisationen“, die Rodriguez Zapatero auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen im September 2004 vorstellte. Dieser Optimismus wird von der Regierung und weiten Teilen der Bevölkerung getragen und steht im Gegensatz zur Schärfe der innenpolitischen Debatte zwischen der Regierungspartei der Sozialisten (Partido Socialista) und der Volkspartei Partido Popular (PP). Die Außen- und Europapolitik sowie der Kampf gegen den Terrorismus oder das spanische Modell der Regionen sind die Bereiche, in denen die beiden großen spanischen Parteien vollkommen gegensätzliche Ansätze vertreten. Andererseits haben die auf Europa bezogenen Termine des Jahres (Wahl zum Europaparlament im Juni 2004 und Referendum über die Verfassung im Februar 2005) wegen der mangelnden innenpolitischen Debatte der Parteien – von wenigen Ausnahmen abgesehen² – keine wirkliche öffentliche Debatte in Spanien über die zentralen Themen der Agenda (Erweiterung, Verfassung) ausgelöst.

Europapolitisch wollte die Regierung Zapatero der spanischen Gesellschaft ihre Politik mit Hilfe von zwei Slogans besser vermitteln: Erstens „Rückkehr nach Europa“ als Ausdruck des Wechsels, weg von der Politik der Regierung Aznar auf internationaler und europäischer Ebene. Zweitens „Die Ersten mit Europa“, dem Slogan des Referendums zur Europäischen Verfassung. Dieser Slogan sollte zum Ausdruck bringen, dass Spanien wieder an die Spitze des europäischen Integrationsprozesses zurückgekehrt war. Allerdings zählt in diesem Fall weniger der authentische politische Einfluss, als vielmehr die Tatsache, dass Spanien zeitlich gesehen das erste Land war, das den Vertrag nach dem Referendum ratifizierte.

Übersetzt aus dem Spanischen von Lisa Förster.

Die Autorin dankt Laia Mestres für die zur Verfügung gestellten Unterlagen.

1 Barómetro del Real Instituto Elcano (BRIE) Juni 2005, S. 36.

2 Die Ausnahmen in der Verfassung sind angegeben in Convergència Democràtica de Catalunya e Inicativa per Catalunya, siehe Torreblanca, José Ignacio „El referéndum sobre la Constitución Europea en España: una doble decepción“ Análisis del Real Instituto Elcano (21.02.2005), in <http://www.realinstitutoelcano.org>

Der Abzug aus dem Irak: die Kluft zwischen Spanien und den USA

„Raus aus dem Irak“ und „Zurück zu Europa“ bedeutete für die PSOE (Partido Socialista Obrero Español) während des Wahlkampfes 2004 außenpolitisch gesehen soviel wie weg von der Regierung Aznar und zurück zur Regierung González. In diesem Zusammenhang kennzeichnen drei Pfeiler den Richtungswechsel: staatlicher Konsens in der Außenpolitik, Rückorientierung der transatlantischen Beziehungen und ein Wiederaufleben der bevorzugten Beziehungen zur deutsch-französischen Achse.³ Die erste Entscheidung der spanischen Regierung (Verkündung des Rückzugs der spanischen Truppen aus dem Irak zwei Tage nach der Amtsübernahme Zapateros) stellte als Priorität das Einhalten eines Wahlversprechens dar. Der neue Außenminister Miguel Angel Moratinos verteidigte in einem Artikel in einer Art Bilanz der „ersten hundert Tage“ in der Außenpolitik⁴ widersprüchliche Entscheidungen, wie den raschen Rückzug der Truppen aus dem Irak, während er gleichzeitig eindringlich die Verpflichtung Spaniens im Kampf gegen den islamistischen Terror betonte. Der Minister verwies auch auf die Rolle des spanischen Parlaments als Zentrum zur Ausarbeitung eines außenpolitischen Konsenses mittels eines offenen Dialogs mit den Bürgern. Moratinos sprach von der Rückkehr Spaniens „in die Mitte Europas“, vor allem dank der Wiederaufnahme des konstruktiven Dialogs mit Frankreich und Deutschland.

Die Ankündigung von Ministerpräsident Zapatero vom 18. April 2004, in der er den Rückzug der spanischen Truppen aus dem Irak mit der Begründung anordnete, es sei nicht vorhersehbar, dass der Sicherheitsrat eine Resolution verabschieden würde, in der die Vereinten Nationen die politische und militärische Leitung der Streitkräfte im Irak übernehmen würden,⁵ stieß sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene auf heftige Reaktionen. Vor allem vor dem Hintergrund, dass Rodríguez Zapatero unvorsichtigerweise auch Drittländern den guten Rat gab, sich entsprechend zu verhalten. Das Wall Street Journal bezeichnete die spanische Entscheidung als Dankeschön an die Terroristen von Madrid.⁶ Die öffentliche Meinung hingegen unterstützte die Entscheidung der spanischen Regierung: 78 % der Spanier waren mit dem Rückzug einverstanden, allerdings befanden ihn 59 % als vorschnell gegenüber 37 %, die ihn für zeitlich angemessen hielten.⁷

Die übereilte Entscheidung der Regierung Zapatero, die sogar in den eigenen Reihen der Sozialistischen Partei kritisiert wurde, gab Anlass zu äußerst heftiger Kritik seitens der Partido Popular, die argumentierte, Spanien hätte in der Welt an Einfluss verloren. Es wurde vor allem darauf hingewiesen, dass die Vereinigten Staaten, die über die spanische Entscheidung verärgert waren, den spanischen Ministerpräsidenten mit Missachtung strafen. Ganz besonders stieß der mangelnde Kontakt zwischen Zapatero und Bush auf. Während Aznar im November 2004 zu einem privaten Besuch im Weißen Haus empfangen worden war, der spanische König Bush auf seiner Ranch in Texas besucht hatte und Mariano Rajoy, Führer der PP, das Weiße Haus als Mitglied einer Delegation der Unión Democrática Internacional besucht hatte, waren die Zusammenkünfte zwischen Bush und Zapatero während der NATO-Gipfeltreffen im Juni 2004 in Istanbul auf wenige Minuten

3 Siehe Esther Barbé / Laia Mestres: „National Report Spain“, CFSP Watch Annual Report 2004, FORNET, <http://www.fornet.info>

4 Miguel Angel Moratinos: Cien días de política exterior, ABC 27. Juni 2004.

5 Rede des Regierungspräsidenten, Herrn José Luis Rodríguez Zapatero in Zusammenhang mit den spanischen Truppen im Irak, Palacio de la Moncloa, 18. April 2004, unter: <http://www.la-moncloa.es>

6 The Accidental Prime Minister, in: The Wall Street Journal, 25. November 2006.

7 Barometro del Real Instituto Elcano, Juni 2004. Im Internet unter www.realinstitutoelcano.org

und in Brüssel im Februar 2005 sogar nur auf ein paar Sekunden reduziert. Der Telefonanruf von Zapatero, in dem er Bush zu seiner Wiederwahl beglückwünschen wollte, wurde einige Zeit später lediglich schriftlich beantwortet. Das Thema eines offiziellen Besuchs Zapateros in den USA⁸ entwickelte sich zum politischen Symbol der Debatte zwischen der PSOE und der PP über die Bedeutung Spaniens in der Welt. Insgesamt stellte die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Spanien und den USA ein wichtiges Thema der innenpolitischen Debatte dar. Der Umgang mit diesem Thema glich eher einer Wahlkampfdiskussion zwischen den Parteien als einem staatspolitischen Thema, dessen Ziel im Grunde das Erreichen eines Konsenses war.

Dasselbe Phänomen spielte sich in den Beziehungen zwischen Spanien und Lateinamerika ab. Die Beziehungen Spaniens zu Venezuela und Kuba führten zu einer ständigen Auseinandersetzung der beiden großen Parteien vor dem Hintergrund der Abkühlung der Beziehungen zu Washington. Tatsache ist, dass die Orientierung der Regierung Zapatero zu den Regierungen Castro und Chávez eine Wende um 180 Grad im Vergleich zur Amtszeit Aznars war. Die derzeitige spanische Regierung forderte die fünfzehn Mitgliedstaaten der EU auf, ihre harte Haltung gegenüber Kuba zu ändern, auf der seinerzeit die Regierung Aznar bestanden hatte. Aznar wollte sich während seiner Amtszeit von der Politik der Regierung González distanzieren (diese hatte die traditionelle spanische Politik des konstruktiven Dialogs mit Kuba sogar während der Epoche Franco aufrechterhalten). Auf Antrag der Regierung Zapatero beschloss der Rat für Allgemeine Angelegenheiten im Januar 2005, für eine begrenzte Zeit die diplomatischen Sanktionen gegen Kuba aufzuheben und normale Beziehungen mit diesem Regime aufzunehmen. Die drei genannten Fälle (Irak, Kuba, Venezuela) lösten eine innenpolitische Spaltung zwischen der Regierung und der Partido Popular sowie auf internationaler Ebene die Spaltung zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten aus.

Allianz der Zivilisationen

Das Verhältnis mit den Vereinigten Staaten und die Beteiligung Spaniens am Kampf gegen den internationalen Terror sind ein ständiges Anliegen in den Debatten der derzeitigen spanischen Regierung. So hatte sich die Regierung um eine eigene Position auf Grundlage der Verstärkung der Politik der früheren Regierungen bemüht (die Truppenpräsenz in Afghanistan, sowie der Beitrag zur Entwicklung der Außen- und Sicherheitspolitik). Zudem wurde auf eine Debatte und das Einbringen von Lösungsvorschlägen zur Stärkung der weltweiten Rolle der Europäischen Union und der Vereinten Nationen mit ihren Werten gedrungen.

Im Fall Afghanistans (ISAF) wurde die Truppe 2005 auf über 1 000 Soldaten verstärkt, deren Aufgaben die Sicherheit, der Wiederaufbau und die Wahlhilfe sind. Was die Entwicklung der Außen- und Sicherheitspolitik anbelangt, so wird sich Spanien zusammen mit Frankreich, Italien, den Niederlanden und Portugal an der Gründung einer europäischen Polizeitruppe beteiligen, sowie an drei der dreizehn Kampftruppen, die nach und nach aufgestellt werden (einmal zusammen mit Italien, dann mit Frankreich und Deutschland und weiteren Ländern und schließlich in einer dritten Truppe, die nur aus spanischen Soldaten besteht und ab 2008 einsatzbereit sein wird).⁹

⁸ Moratinos anuncia que Zapatero visitará EEUU en esta legislatura, *La Vanguardia*, 28. Juni 2005.

⁹ Esther Barbé / Laia Mestres: National Report Spain, CFSP Watch Annual Report 2005. FORNET. <http://www.fornet.info>

Die Debatte und die Vorschläge Zapateros in Bezug auf Frieden und internationale Sicherheit im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den Terrorismus sind eng mit der EU und den Vereinten Nationen verknüpft. Zum einen vertritt die spanische Regierung die Ansicht, die nationalen Interessen Spaniens würden besser gewahrt, wenn die EU ihre Rolle als Globalplayer konsolidiert und so einen Beitrag zum Frieden und zur internationalen Sicherheit leistet und auf diese Weise den Sieg des Multilateralismus in der internationalen Szene sicher stellt.¹⁰ Im Leitfaden zur Nationalen Verteidigung, der im Dezember 2004 verabschiedet wurde, wird die vollständige Eingliederung der europäischen Sicherheitsstrategie zum Vorbild für das spanische Handeln gemacht. Der Gedanke eines effektiven Multilateralismus und der Verteidigung des internationalen Rechts wird hervorgehoben.

Zum anderen hat Rodriguez Zapatero im September 2004 auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen durch seinen Vorschlag zur Gründung einer Gruppe auf hohem Niveau einen anderen Prozess in Gang gesetzt: die „Allianz der Zivilisationen“ zwischen der westlichen und der arabisch-muslimischen Welt. Die Vorschläge in dieser Rede: Rechtstaatlichkeit, verstanden als Respekt gegenüber den Menschenrechten und den Vereinten Nationen, kann dem Terrorismus Einhalt gebieten. Dazu stellt die Forderung nach der Beseitigung der wirtschaftlichen Ungerechtigkeit als Mittel, den Terroristen die Unterstützung der Massen zu entziehen, zweifellos eine Kritik an der Außenpolitik der Regierung Aznar zum Thema Irak im Besonderen und zum internationalen Terrorismus im Allgemeinen dar.

Zurück nach Europa

Im Gegensatz zur vor allem durch den Rückzug aus dem Irak geprägten Beziehung mit den Vereinigten Staaten muss man den Willen der sozialistischen Regierung zur Verstärkung der Beziehungen zu Frankreich und Deutschland von Anfang an führen (Rückkehr nach Europa) oder mit anderen Worten, den Wechsel vom „neuen“ zum „alten“ Europa (dem Wortlaut des amerikanischen Verteidigungsministers Rumsfeld) hervorheben. Mit den Worten von Miguel Angel Moratinos „die Verpflichtung der Regierung, einen Beitrag für ein starkes, vereintes und solidarisches Europa zu leisten, erfordert einen Konsens, um die Blockaden zu überwinden. Deshalb verfolgen wir ein Ziel, das den einzig möglichen Weg zeigt: Zurück nach Europa, in die Mitte Europas, der Dialog mit Frankreich und Deutschland muss wieder aufgenommen werden.“¹¹ Die problematischen Treffen der vergangenen Jahre zwischen Aznar, Chirac und Schröder werden nun abgelöst durch symbolische Treffen, wie das von Zapatero, Chirac und Schröder im September 2004 in Madrid, das von einigen als das Anti-Azoren Treffen bezeichnet wurde in Anspielung auf das Treffen Bush – Blair – Aznar, oder, sogar noch weiter gedacht, das Vierer-Treffen im März 2005 in Paris mit Zapatero, Chirac, Schröder und Putin. Seitens der deutsch-französischen Achse wird der „Rückkehr“ Spaniens große Bedeutung beigemessen, und seitens der spanischen Regierung möchte man sich aus der Achse Washington – London – Warschau lösen, die José Maria Aznar stark bevorzugt hatte. Es ist bezeichnend, dass Rodriguez Zapatero der erste spanische Ministerpräsident war, der eingeladen wurde, vor dem fran-

¹⁰ Ebda.

¹¹ Miguel Angel Moratinos: Comparecencia para informar sobre el balance y las perspectivas de la nueva política exterior de España en la comisión de Asuntos Exteriores. Diario de Sesiones del Congreso de los Diputados. Nr. 175, 2. Februar 2005.

zösischen Parlament zu sprechen (König Juan Carlos tat dies bereits 1993). Bei dieser Rede hob der spanische Ministerpräsident seine zweite Entscheidung hervor (die erste war logischerweise der Rückzug aus dem Irak), „zur Mitte Europas zurückzukehren, und bei Frankreich und Deutschland zu sein“¹².

Diese Entscheidungen wurden von der konservativen Opposition in Spanien scharf verurteilt. So sagte die frühere Außenministerin Ana Palacio, die Politik der Regierung sei die „Politik der leeren Worte und der Allianzen der Zweckmäßigkeit“, die dazu führten, dass Spanien ein „Spieler zweiter Klasse auf der internationalen Ebene“¹³ werde. Bereits seit mehreren Jahren ist es nicht mehr möglich, in der Außenpolitik einen Konsens zu erreichen. Die aktuelle Außenpolitik entspricht dem Stil González. Nichts ist weiter voneinander entfernt als die Haltung der PP und der PSOE in der Außenpolitik.

„Die ersten in Europa“

Das gleiche gilt für die Richtung der spanische Europapolitik. Hier war eine der ersten Entscheidungen der Regierung Zapatero, die Blockade der Regierung Aznar gegen die Zustimmung zur Europäischen Verfassung aufzuheben. Diese erforderte die doppelte Mehrheit für die Beschlussfassung im Rat. Obwohl die Debatte über den Bau des Europäischen Hauses die beiden großen Parteien schwerwiegend spaltete – die PP beschuldigte die PSOE, gegen das nationale Interesse zu handeln, als sie dem Machtverlust im Rat durch die Korrekturen im Vertrag von Nizza zustimmte –, wird dieses Thema nicht zur öffentlichen Debatte. Ein gutes Beispiel für das geringe Interesse an Europa ist die Beteiligung an den Wahlen zum Europaparlament. Die Wahlbeteiligung war mit 45 % niedrig, und auch ein Thema wie der Verlust von Sitzen im Parlament (durch den Vertrag von Nizza hatte Spanien nur noch 54 Sitze gegenüber zuvor 64 Sitzen) regte die Diskussion nicht an. Die erste Konsequenz hieraus ist, dass mehrere spanische Parteien im Europäischen Parlament vertreten sind (insgesamt 49 Sitze verteilen sich auf die PSOE mit 25, die PP mit 24 und 5 Sitze für weitere Parteien), so dass die Vertretung der nationalistischen- und der Minderheitsparteien reduziert wird. Außerdem ist hervorzuheben, dass weder durch die Wahlen zum Europaparlament noch durch das Referendum zur Europäischen Verfassung in Spanien eine stärkere Reaktion in Bezug auf die Erweiterung hervorgerufen wurde. Als die Spanier im Juni 2005 über künftige Erweiterungen befragt wurden, befürworteten 44 % die Aufnahme der Türkei und sogar die Aufnahme Russlands (58 %).¹⁴

Die Regierung Zapatero schrieb es sich selbst zu, dass Spanien als erstes Land den Verfassungsvertrag ratifizierte, der nach dem Referendum im Oktober 2004 unterzeichnet wurde. Das Referendum wurde bereits für den 20. Februar 2005 angesetzt. Es ist offensichtlich, dass dank des vorhersehbaren Siegs des „Ja“ in Spanien der Slogan der Regierung „die Ersten mit Europa“ nichts weiter ist als das Ziel der Regierung Zapatero, sowohl innenpolitisch als auch auf europäischer Ebene Punkte zu sammeln. Man erwartete einen Mitnahme-Effekt, vor allem in Frankreich (während des Wahlkampfs in Spanien wurde Chirac von Zapatero zu einigen Treffen begleitet). Außerdem sollte das Referendum vor Beginn der Verhandlungen über Finanzielle Vorausschau für den Zeitraum 2007-2013 abgeschlossen sein.

12 Discurso del Presidente del Gobierno, Don José Luis Rodríguez Zapatero en la Asamblea Nacional Francesa” Paris, 1. März 2005, unter: www.la-moncloa.es

13 Ana Palacio: The incredibly shrinking Spain, The Wall Street Journal, 14. Februar 2005.

14 Barómetro del Real Instituto Elcano, Juli 2005. Im Internet unter www.realinstitutoelcano.org

Während des Wahlkampfs warb die Regierung mit verschiedenen Punkten um die Zustimmung der Spanier zum Referendum: Verbesserung der Verfassung der Kanarischen Inseln, Anerkennung der regionalen Größe in Europa, Möglichkeit der Übersetzung der Verfassung in die amtlichen Sprachen Spaniens, Verbesserungen im Kampf gegen den Terrorismus, Aufnahme des Kampfs gegen häusliche Gewalt in die Politik der Union.¹⁵ Die Kritik an der Verfassung kam sowohl aus Bereichen, die ihr zustimmten, wie der PP, die den Machtverlust Spaniens im Rat kritisierte, als auch aus Bereichen, die die Verfassung ablehnten, wie die Esquerra Republicana de Catalunya, die der Verfassung vorwarf, die Identität der Völker nicht zu berücksichtigen, oder der Iniciativa per Catalunya, von der die Verfassung abgelehnt wurde, weil sie Europa dem Kapital opfere und militärisch aufrüste. Diese Kritik führte laut Analysten jedoch nicht zu einer wirklichen Diskussion über die Europäische Verfassung. José Ignacio Torreblanca spricht von einer Diskussion, die kaum stattfand, einem Wahlkampf, der schlecht durchgeführt war, der keine innere Tiefe bei den politischen Parteien hatte und der kurz und schlecht konzipiert war, so dass man schließlich vor einer europäischen Volksbefragung stand: „Ja oder nein zu Europa“. So dass „anstatt Europa den Menschen näher zu bringen, das Referendum eher dazu diente, die Idee Europas noch weiter zu banalisieren“.¹⁶ Das Ergebnis war eine äußerst geringe Wahlbeteiligung von 42 % (die niedrigste Wahlbeteiligung seit der Einführung der Demokratie). Dies erweckte weder in Spanien noch in Europa große Begeisterung. Das „Ja“ gewinnt mit 76,73 % der Stimmen, allerdings ist die Stimmenzahl in den Gemeinden, in denen die nationalistische Diskussion während des Wahlkampfs für das Referendum ausgelöst wurde, geringer. Dies ist der Fall in Katalonien (64,64 % Ja-Stimmen) und im Baskenland (62,61 % Ja-Stimmen)

Nach dem „Nein“: Bestürzung

Die späteren Ereignisse – der Sieg des „Nein“ in Frankreich, wo sich Zapatero direkt in den Wahlkampf eingemischt hatte, und der Sieg des „Nein“ in den Niederlanden – zwingen die spanische Regierung, sich in der Diskussion zum Bau des europäischen Hauses neu zu positionieren: Sollte man den Prozess fortsetzen oder stoppen? Die spanische Regierung drang darauf, den Prozess der Ratifizierung fortzusetzen, allerdings mit der Notwendigkeit einer Bedenkzeit, um die Ereignisse analysieren zu können und den geplanten Termin für das Ende des Ratifizierungsprozesses (November 2006) zu verschieben. Die Entscheidung des Europäischen Rats im Juni 2005, eine Bedenkzeit zu gewähren (Spanien vermeidet den Begriff „Pause“), stimmt laut dem spanischen Staatssekretär für die Europäische Union, Alberto Navarro, mit der Position Zapateros überein.¹⁷ Seitens der Opposition stellt sich die PP ihrerseits sowohl vor, als auch nach dem Europäischen Rat gegen einen Plan B (wie von einigen Quellen angeregt). Dieser sah vor, Teile der Verfassung anzuerkennen, da gerade der erste Teil mit den größten Chancen auf Anerkennung derjenige ist, den die PP wegen des Modus zur Beschlussfassung im Rat ablehnte. Allerdings kam von Seiten einiger spanischer Think tanks, wie z.B. dem Real Instituto Elcano, Pragmatismus, indem vorgeschlagen wurde, einige Punkte der Außen- und Sicherheits-

15 Siehe Alberto Navarro: „La Europa de los ciudadanos“ *Política Exterior*, Nr. 103, Januar/Februar 2005, S. 78-80.

16 José Ignacio Torreblanca: *El referéndum sobre la Constitución Europea en España: una doble decepción*, Real Instituto Elcano, 21. Februar 2005, unter: www.realinstitutoelcano.org

17 Alberto Navarro: *Comparecencia frente a la Comisión Mixta Congreso-Senado para la Unión Europea*. Diario de Sesiones del Congreso de los Diputados, Nr. 36, 15. Juni 2005.

politik, die in der Verfassung enthalten sind, auch dann in Kraft zu setzen, wenn sie eigentlich noch nicht rechtskräftig sind.¹⁸

Der Europäische Rat im Juni 2005 war vor allem auch in finanzieller Hinsicht für Spanien von großer Bedeutung. Es ist offensichtlich, dass Spanien durch den Gang der Dinge (dem „Nein“ zur Verfassung in den Niederlanden und in Frankreich) jeden politischen Kredit verspielt hatte, den man sich durch einen Mitnahmeeffekt des spanischen „Ja“ versprochen hatte. Deshalb trat Spanien in die Verhandlungen ohne die erwarteten Vorteile einer positiven politischen Konjunktur (Ratifizierung der Verfassung) ein. Die Zukunftsaussichten bezüglich des Haushaltsetats sind eher schlecht. Diese basieren einerseits auf dem statistischen Effekt – der Spanien im Vergleich zu den 25 Mitgliedsstaaten als wohlhabend einstuft, so dass es keinen Anspruch mehr auf Mittel aus dem Kohäsionsfonds besitzt –, andererseits auf dem starken Willen einiger Nettobeitragszahler, die Ausgaben auf maximal 1 % des Bruttosozialprodukts zu senken. Somit wäre Spanien das Land, das die Kosten für die Erweiterung tragen würde. Deshalb verteidigte Spanien auf dem Gipfeltreffen des Europäischen Rats folgende Punkte: Angemessenheit (maximale Ausgaben 1,24 %, entsprechend dem Vorschlag der Kommission), Staffelung (Übergangszeit von bis zu vier Jahren, bis keine Zahlungen mehr aus dem Kohäsionsfonds erfolgen), Zumutbarkeit (angemessene Verteilung der Kosten der Erweiterung) und Qualität (Fonds für Bildung, Forschung und technologische Innovation). Um das oberste Ziel zu erreichen (im Zeitraum 2007-2013 noch Mittel aus dem Fonds zu erhalten), muss die spanische Regierung Tabus angreifen – wie die Sonderregelungen für Großbritannien – und alles tun, damit die Zahlungen weiter fließen, selbst wenn sich diese reduzieren würden, wie beim Kohäsions- und beim Landwirtschaftsfonds. Außerdem müssten die Reformvorschläge Blairs abgelehnt und neue Wege beschritten werden, wie z.B. durch technologische Innovationen.

Vor die Tatsache gestellt – britische Blockade bei der Beschlussfassung – stimmte die spanische Regierung, die bereits für einen großen Teil der an die luxemburgische Präsidentschaft gestellten Anträge eine Zusage erhalten hatte (und die den Vorschlag Junckers (Nettosaldo in Höhe von 4 738 Mio. Euro) akzeptiert hätte, wenn man zu einer allgemeinen Einigung gekommen wäre) gegen den Vorschlag. Sie stellte sich nun an die Seite der „reichen Länder“, die von Großbritannien angeführt wurden. Dies wird als Verteidigung gegen die Kritik der PP ausgelegt, die bereits angekündigt hatte, dass sie jeden Nettosaldo unter 12 000 Mio. Euro als Scheitern der Regierung ansehen würde.

Zapatero selbst versuchte sich in Brüssel zu rechtfertigen, indem er angab, dass sich das Motiv des spanischen Votums grundsätzlich von dem der Gruppe Blair unterscheidet, und wies auf seine Verteidigung der Europäischen Verfassung hin. Auf jeden Fall ist es Fakt, dass die Regierung Zapatero Verwirrung und ein schlechtes Image bei vielen europäischen Mitgliedstaaten hinterließ (im Falle der neuen Mitglieder, die ihrerseits auch entschlossen waren, ihre Nettoverschuldung zu reduzieren, um zu einer Vereinbarung zu gelangen). Die innenpolitische Debatte beeinflusste die Haltung der spanischen Regierung in Brüssel. Auf jeden Fall kritisierte der Parteichef der PP, Mariano Rajoy, nach dem Europäischen Rat die Bedeutungslosigkeit Zapateros bei den Verhandlungen aufgrund seiner passiven Haltung. Er konzentrierte seine Kritik auf die Fehleinschätzung seiner Allianzen (Deutschland und Frankreich befinden sich in einer Krisensituation) sowie auf

¹⁸ Charles Powell / Torreblanca José Ignacio / Sorroza, Alicia: Construir Europa desde España: Los nuevos desafíos de la política europea. Madrid. Real Instituto Elcano, 2005.

die fehlenden Vorschläge und genauen Vorstellungen der Regierung in Bezug auf die Zukunft Europas.¹⁹ Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich die Opposition bequem zurücklehnen konnte, vor allem wenn man in Betracht zieht, dass durch die „Pause“ im Ratifizierungsprozess des Verfassungsvertrags das Abstimmungssystem von Nizza aufrechterhalten wurde (Aznar sagte einmal ironisch, er sei in Nizza verliebt) und dass die Regierung selbst sich über die aktuelle Lage bestürzt zeigte.

Weiterführende Literatur

- Esther Barbé / Laia Mestres: National Report Spain, CFSP Watch Annual Report 2004, FORNET, <http://www.fornet.info>
- Esther Barbé / Laia Mestres: National Report Spain, CFSP Watch Annual Report 2005, FORNET, <http://www.fornet.info>
- Federiga Bindi / Manuela Cisci: Italy and Spain: A Tale of Contrasting Effectiveness in the EU, in: Simon J Bulmer / Christian Lequesne (Hrsg.): The Member States of the European Union, Oxford: Oxford University Press 2005.
- Carlos Closa / Paul M. Heywood: Spain and the European Union, Houndmills: Palgrave Macmillan 2004.
- José María Magone: Spanish Foreign Policy within the European Union, in: Contemporary Spanish Politics. London: Routledge 2004.
- Alberto Navarro: La Europa de los ciudadanos, in: Política Exterior, Januar/Februar 2005, Nr. 103, S. 73-80.
- Charles Powell / José Ignacio Torreblanca / Alicia Sorroza (Hrsg.): Construir Europa desde España: Los nuevos desafíos de la política europea, Madrid: Fundación del Real Instituto Elcano de Estudios Estratégicos 2005.
- José Ignacio Torreblanca: España, Europa y la brecha transatlántica, in: Política Exterior, Januar/Februar 2004, Nr. 103, S. 30-38.
- José Ignacio Torreblanca: El Referéndum sobre la Constitución Europea en España: Una doble decepción, Análisis del Real Instituto Elcano, Nr. 27/2005.

¹⁹ Rede von Mariano Rojas vor der Plenarversammlung der Abgeordnetenkammer. Diario de Sesiones del Congreso de los Diputados, Nr. 99, 22. Juni 2005.